

Mai 29, 2012

Drucken

Unternehmen suchen juristische Hilfe

von Redaktion

Flughafen weiter unter Druck

Politiker fordern die Aufklärung des Planungs-Desasters. Geschädigte Firmen suchen bereits juristischen Rat. Tegel soll mehr Nachtflüge machen.



Bauleute im Terminal, der nicht fertig geworden ist.

Foto: dapd

Berlin (dapd)

Politiker und Wirtschaftsvertreter erhöhen im Streit über die Verantwortung für die geplatzte Eröffnung des Flughafens „Willy Brandt“ in Schönefeld den Druck auf die Betreibergesellschaft FBB. Vertreter von Parteien, Firmen und Verbänden fürchten neben dem wirtschaftlichen vor allem einen massiven Imageschaden für die Hauptstadtregion.

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) etwa fragte, inwieweit der Aufsichtsrat möglicherweise getäuscht oder falsch informiert worden sei. Die Antworten der FBB auf bohrende Fragen des Kontrollgremiums seien immer von einer „Entwarnungshaltung geprägt“ gewesen. Die FBB müsse auch über mögliche Mehrkosten informieren. An Spekulationen darüber beteilige er sich nicht.

Auch Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) wies Spekulationen um mögliche Mehrkosten durch die Terminverschiebung zurück. Die FBB müsse zur nächsten Aufsichtsratssitzung am 22. Juni eine seriöse Kostenschätzung vorlegen, sagte Platzeck gestern. Der Regierungschef wies zugleich darauf hin, dass das Terminal schon aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Hauptstadtregion teurer werde. Das Gebäude werde um die Hälfte größer als ursprünglich gedacht. Zurzeit liege die Kostenprognose für das Terminal bei 1,22 Milliarden Euro. Hinzu kämen 50 Millionen Euro für die Umsetzung der neuen europäischen Sicherheitsrichtlinie. Brandenburgs Verkehrsminister Jörg Vogelsänger (SPD) stellte klar, dass der Hauptstadtflughafen keine dritte Start- und Landebahn bekommt. Das sei weder „notwendig, noch in irgendeiner Form angedacht“.

Zwischenlösungen für Tegel verlangt

Der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Unternehmensverbände (UVB), Christian Amsinck, zeigte sich überzeugt, dass der Flughafen langfristig ein Erfolg werde. Zugleich verlangte Amsinck Zwischenlösungen, um die ab 3. Juni geplanten zusätzlichen Flüge realisieren zu können. Dazu sollten die Betriebszeiten für Berlin-Tegel verlängert werden. Derzeit gilt dort ein Nachtflugverbot von 23 bis 6 Uhr. Seine „größte Sorge“ sei, dass der alte Airport an seine Kapazitätsgrenze stoße und die für den neuen Flughafen geplanten zusätzlichen Flüge nicht abgewickelt werden könnten, so Amsinck.

Die von der kurzfristigen Verschiebung der Airport-Eröffnung betroffenen Unternehmen holen sich indes verstärkt Rat bei Anwälten. Die Wirtschaftskanzlei Zirngibl Langwieser habe bereits eine Task Force für geschädigte Firmen eingerichtet, die Resonanz sei sehr groß, sagte Anwalt Andreas Damm. Laut Handelsverband Berlin-Brandenburg ist aber eine finanzielle Entschädigung nicht sicher.

Bereits 400 Jobs weg am Flughafen

